

V-02 Wehrhafte Demokratie sichern - Verbotsverfahren gegen AfD einleiten

Antragsteller*in: Achim Jooß (Ortenau KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die AfD ist im Kern eine rechtsextreme und antidemokratische Partei. Die Spaltungen
- 2 der
- 3 letzten Jahre haben die AfD zudem immer weiter in die rechtsextreme Richtung
- 4 verschoben.
- 5 Leute, wie Andreas Kalbitz, die ganz offen bei Neonaziaufmärschen mitmarschiert sind,
- 6 nehmen
- 7 immer mehr Führungspositionen ein. Eine wehrhafte Demokratie muss nicht dulden,
- 8 dass
- 9 Verfassungsfeinde versuchen, die Demokratie von innen zu zerstören. Deswegen haben
- 10 die
- 11 Verfassungsväter und -mütter in Art 21 (2) GG vorgesehen, dass "Parteien, die nach
- 12 ihren
- 13 Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche
- 14 demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand
- 15 der
- 16 Bundesrepublik Deutschland zu gefährden," als verfassungswidrig verboten werden
- 17 können.
- 18 Bündnis 90/Die Grünen werden sich dafür einsetzen, gegen die AfD gemäß Art. 21 (2)
- 19 GG ein
- 20 Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten.
- 21 Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung verschiedene Kriterien
- 22 aufgestellt, die für ein Parteiverbot erforderlich sind:
- 23 - Eine Partei muss aggressiv kämpferisch gegen die bestehende freiheitlich
- 24 demokratische
- 25 Grundordnung vorgehen. Das Bundesverfassungsgericht definiert den Begriff wie folgt:
- 26 „Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs.
- 27 2 GG
- 28 umfasst nur jene zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat
- 29 schlechthin unentbehrlich sind.
- 30 a) Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der
- 31 Würde des
- 32 Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere
- 33 die Wahrung
- 34 personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.
- 35 b) Ferner ist das Demokratieprinzip konstitutiver Bestandteil der freiheitlichen
- 36 demokratischen Grundordnung. Unverzichtbar für ein demokratisches System sind die
- 37 Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der
- 38 politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das
- 39 Volk
- 40 (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).

27 c) Für den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind schließlich die
im
28 Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3
GG) und
29 die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte bestimmend. Zugleich
erfordert die
30 verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer
31 Gewalt den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen
32 vorbehalten ist.“

33 (BVerfGE 144, 20–367 (Ls. 3))

34 Alle diese Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung lehnt die AfD ab und
geht
35 durch ihr parlamantarisches Handeln in Anträgen und Anfragen sowie durch ihre
36 außerparlamentarischen Handlungen wie bei Aufmärschen und Äußerungen der
Anhänger*innen
37 aggressiv kämpferisch dagegen vor.

38 a) die AfD fällt in ihren parlamentarischen Anfragen immer wieder damit auf, Daten von
39 Minderheiten erheben und sammeln zu wollen, wie beispielweise von LGBTIQ-Menschen
in
40 Thüringen oder von nicht deutschen Mitarbeiter*innen in den baden-württembergischen
41 Kulturbetrieben. Die menschenverachtende Sprache vieler Mitglieder gleicht der
Sprache des
42 NS-Terrors. Beispielsweise werden Ausländer*innen als "Parasiten" bezeichnet
43 ([https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/rechte-vor-einzug-in-den-bundestag-so-
extrem-
44 sind-die-kandidaten-der-afd/20350578.html](https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/rechte-vor-einzug-in-den-bundestag-so-extrem-sind-die-kandidaten-der-afd/20350578.html)) und ihnen damit die Menschenwürde
abgesprochen.

45 b) Die gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger*innen am Prozess der Willensbildung
46 unterläuft die AfD zum Beispiel durch ihr dubioses Finanzgebahren und die Annahme
verdeckter
47 Spenden z.B. über die Schweiz und mit Hilfe des Spendenwaschvereins "zur Erhaltung
der
48 Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten". Die Rückbindung der Ausübung
der
49 Staatsgewalt an das Volk ist nur mit einer Polizei und einer Bundeswehr möglich, die
der
50 Rechts- und Fachaufsicht einer gewählten Regierung unterliegt. Die AfD verfolgt in ihren
51 Forderungen eine entgegengesetzte Praxis, indem sie zum Beispiel fordert,
Sportschütz*innen
52 als Hilfspolizist*innen einzusetzen, geht dies in die Richtung einer nicht demokratisch
53 kontrollierbaren Bürgerwehr. Uwe Junge geht sogar so weit, in einem Tweet
54 (https://twitter.com/Uwe_Junge_MdL/status/1151374857294286848) "einen Aufstand
der Generale
55 [sic!]" zu fordern. Damit stellt Junge zumindest das Primat der Politik über die

Bundeswehr

56 in Frage und fordert unterschwellig einen Militärputsch der Bundeswehr. Viele
Anhänger*innen
57 der AfD haben sich über die grausame Ermordung Walther Lübckes offen gefreut und
drohen
58 offen Politiker*innen und Journalist*innen wie Angela Merkel oder Georg Restle. Selbst
der
59 Wahlausschuss in Sachsen konnte nach seiner Entscheidung wegen formaler Mängel
nur einen
60 Teil der AfD-Landesliste zuzulassen nur noch unter Polizeischutz tagen. Dieses Verhalten
61 bedroht grundlegend die Arbeit demokratischer Organe.

62 c) Gerade im Asylrecht stellt die AfD immer wieder die Gewaltenteilung, die Möglichkeit
63 einer gerichtlicher Überprüfung von negativen Asylbescheiden und damit einen
wesentlichen
64 Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips öffentlich in Frage. Durch die Forderung nach
65 Bürgerwehren und Hilfspolizeibefugnisse wird auch das staatliche Gewaltmonopol in
Frage
66 gestellt. Aussagen wie vom Europaabgeordneten Maximilian Krah, der sich "den Weg
frei
67 schießen" (Quelle: [https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/AfD-visiert-in-Sachsen-30-
68 plus-x-an-Urban-Wir-wollen-regieren](https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/AfD-visiert-in-Sachsen-30-plus-x-an-Urban-Wir-wollen-regieren)) will, zeigen, dass die AfD auch vor tatsächlicher
69 Gewalt nicht zurückschreckt. Weitere Beispiele, die aggressiv kämpferischeres
Verhalten
70 belegen, sind das demonstrative Sitzenbleiben des bayerischen
Landtagsabgeordneten Müller
71 bei der Gedenkminute für Walter Lübcke, das als Billigung von Gewalt gesehen werden
kann
72 sowie für die Ablehnung des Parlamentarismus die Missachtung des Ausschlusses von
der Sitzung
73 durch den baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Räßle.

74 Im Ergebnis ist die AfD der parlamentarische Arm eines rechtsextremen und
75 rechtsterroristischen Netzwerks. Daher hat die AfD auch die für ein Parteiverbot
76 erforderliche Relevanz, die das Bundesverfassungsgericht in seiner letzten
Entscheidung im
77 zweiten NPD-Verbotsverfahren gefordert hat, damit ein Parteiverbot verhältnismäßig ist.

78 Diese Relevanz zeigt sich auch darin, dass in jedem Parlament, in dem die AfD
eingezogen
79 ist, Provokationen und Grenzverschiebungen an der Tagesordnung sind. Auch
innerparteilich
80 ist die notwendige Relevanz der Verfassungsfeinde in der AfD gegeben.

81 Bündnis 90/Die Grünen halten die Kriterien, die das Bundesverfassungsgericht für ein
82 Parteiverbot aufgestellt hat, im Falle der AfD, wie oben dargelegt wurde, für erfüllt. Zur
83 Absicherung streben wir vor der Einleitung des Verbotsverfahrens die Einholung von
84 umfassenderen Rechtsgutachten durch die gemäß Art 43 (1) BverfGG
antragsberechtigten Gremien
85 (Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung) an.

86 Um einen Erfolg nicht zu gefährden sehen wir eine Beobachtung der AfD durch den
87 Verfassungsschutz kritisch. Wir fordern, dass sich der Verfassungsschutz im Falle einer
88 Beobachtung zumindest genauso zurückhaltend verhält, wie seinerzeit im zweiten NPD-
89 Verbotsverfahren.

weitere Antragsteller*innen

Christian Stettin (Wetterau KV); Dave Kolboom (Steinburg KV); Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Karsten Finke (Bochum KV); Timo Pascal Viehl (Rostock KV); Karl-Heinz Trick (Ortenau KV); Benjamin Harter (Ortenau KV); Sabine Waldecker (Ortenau KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Sylvia Dorn (Ortenau KV); Enrico Wolfgang Schandl (Ortenau KV); Manuela Rettig (Ulm KV); Tim Demisch (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Judith Frauen (Hannover RV); Kai Schwarze (Garmisch-Partenkirchen KV); Esther Heins (Alb-Donau KV); Cornelia Hummel (Ortenau KV); Domenic Preukschas (Ortenau KV); Michael Christ (Ortenau KV); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.